Wir gestalten die Zukunft

Programm für Königswinter 2014 - 2020

Koalitionsvereinbarung zwischen der CDU, den GRÜNEN und der FDP für die Zusammenarbeit im Rat der Stadt Königswinter

INHALTSVERZEICHNIS

1. Konzept und Leitbild zur Zukunft von Königswinter
2. Haushalt und Finanzen
3. Kompetenz und Wirtschaftlichkeit der Verwaltung
4. Sicherheit und Ordnung
5. Wirtschaft und Arbeitsmarkt
6. Tourismus und Umwelt- und Naturschutz
7. Verkehr
8. Instandhaltung und Erneuerung städtischer Infrastruktur
9. Stadtentwicklung, Altstadtsanierung und Denkmalschutz
10. Bildung und Ausbildung
11. Kinderbetreuung
12. Gesellschaftliche Teilhabe
13. Kultur und Freizeitangebote
14. Stärkung von Familien, generationen-übergreifendem Zusammenleben und von Integration

Präambel

CDU, GRÜNE und FDP sind übereingekommen, für die nächsten sechs Jahre gemeinsam die Verantwortung für unsere Stadt Königswinter zu übernehmen. Wir werden eng und vertrauensvoll zusammenarbeiten, um Königswinter auch in finanziell schwierigen Zeiten zu führen und nachhaltige Lebens- und Umweltbedingungen für unsere Bürgerinnen und Bürger zu sichern und weiter zu entwickeln.

Wir werden uns an einem Leitbild für nachhaltige Entwicklung orientieren. Dies umfasst insbesondere eine umsichtige Haushaltsführung, kostenbewusstes Handeln, die Einleitung von Entschuldung und verantwortungsvolle Entscheidungsfindung bei der Umsetzung politischer Ziele. Wir werden Prioritäten setzen und Kosten und Nutzen gegeneinander abwägen. Vor jeder Maßnahme sind Kosten und eine nachhaltige Finanzierbarkeit zu prüfen (Haushaltsvorbehalt). Für die von Bund und Land der Stadt auferlegten Aufgaben werden wir nachvollziehbar darlegen, inwieweit hierfür jeweils auskömmliche Finanzmittel bereitgestellt werden, um diese Aufgaben verantwortungsvoll wahrnehmen zu können. (Konnexitäts- prinzip): „Wer bestellt, muss auch bezahlen".

CDU, GRÜNE und FDP werden mit den anderen im Rat vertretenen Parteien und der Wählerinitiative offen und konstruktiv zusammenarbeiten. Vielfältige Übereinstimmungen in Zielen und Maßnahmen und eine offene und transparente Zusammenarbeit mit Verwaltung und Bürgerinnen und Bürgern bieten die Voraussetzungen, um jeweils bestmögliche und tragfähige Lösungen zu finden.

Unter Bezug auf unsere Wahlprogramme vereinbaren wir nachfolgende Positionen:

1

Konzept und Leitbild zur Zukunft von Königswinter

1. Für Konzepte und Maßnahmenprogramme der Kommunalpolitik in Königswinter soll unter Beteiligung der Bürgerinnen und Bürgern ein Leitbild erarbeitet werden, das sich an sozialer, ökonomischer und ökologischer Nachhaltigkeit z. B. Biodiversität orientiert.

2. Zur Berücksichtigung des demographischen Wandels wird ein Beauftragter für Demographie geschaffen. Er soll kommunalpolitische Programme und Maßnahmen auf Demographieverträglichkeit prüfen und Angebote für Senioren und Mehrgenerationenprojekte vorbereiten.

3. Wir sehen in einer verstärkten interkommunalen Zusammenarbeit Chancen für eine wirtschaftliche und wirksamere Wahrnehmung kommunaler Aufgaben. Wir wollen besonders mit unseren Nachbargemeinden eng zusammenarbeiten.

2 Haushalt und Finanzen

1. Oberste Ziele gemeinsamer Finanzpolitik sind die Sicherung und Stärkung von Leistungsfähigkeit und Gestaltungsmöglichkeiten unserer Stadt. Dafür wird am Ziel der Haushaltskonsolidierung festgehalten. Ein Abgleiten in die Haushaltssicherung soll durch Einsparungen und Effizienzsteigerung verhindert werden. Eine Erhöhung der Grundsteuer und der Gewerbesteuer soll vermieden werden. Eine Kulturförderabgabe soll unter Berücksichtigung der Rechtslage eingeführt werden.

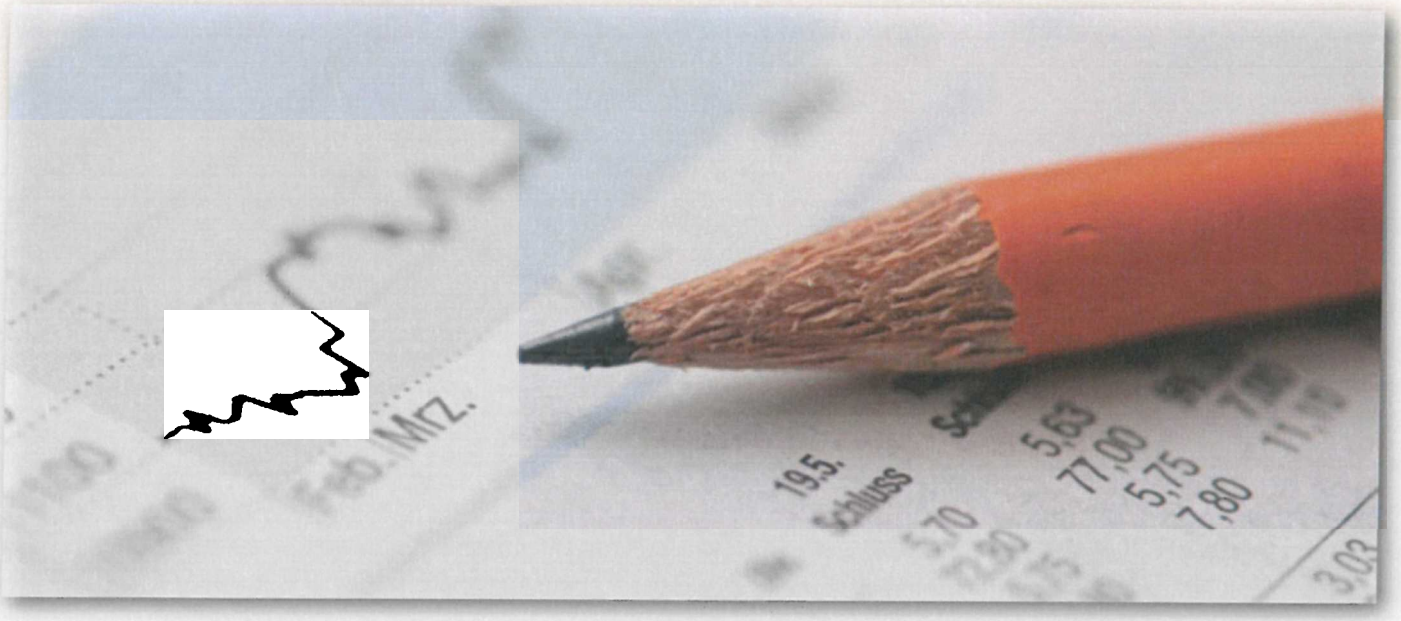
2. Es wird eine ausreichende und angemessene Finanzausstattung durch Bund und Land sowie die strikte Einhaltung des Konnexitätsgrundsatzes gefordert. Eine Unterfinanzierung soll für wesentliche Aufgaben in Konnexitäts-Berichten dargelegt werden.

3. Strategische Ziele sind die Vermeidung weiterer Schulden, der strukturelle Ausgleich unseres Haushalts und die Einleitung des Schuldenabbaus (Masterplan schwarze Null+).

4. Für die Planung und Bewirtschaftung des Haushalts werden Ziele, Kennzahlen, und das Controlling weiterentwickelt. Für größere Maßnahmen werden Kosten-Nutzenrechnungen erstellt. Die Arbeit der AG Haushaltskonsolidierung und der Steuerungsgruppe Controlling wird fortgeführt und zu gegebener Zeit zusammengefasst. Standards und Angemessenheit von Gebühren für städtische Leistungen werden überprüft und ggfs. nachjustiert.

5. Eingriffe in kommunale Leistungen für Bildung, Jugendarbeit und Soziales werden so weit wie möglich vermieden. Die Konsolidierung des Haushalts soll ohne Verzicht auf Investitionen in den Wohn-, Bildungs- und Wirtschaftsstandort erreicht werden. Mehrausgaben bei freiwilligen Leistungen müssen immer mit einem belastbaren Deckungsvorschlag hinterlegt sein.

6. Über Aufstellung und Ausführung des Haushalts soll auf der Internetseite der Stadt zeitnah und bürgernah informiert werden. Die Bürgerinnen und Bürger sollen eingeladen werden, den städtischen Haushalt kennen zu lernen und alternative Vorschläge zu unterbreiten (Bürgerhaushalt).



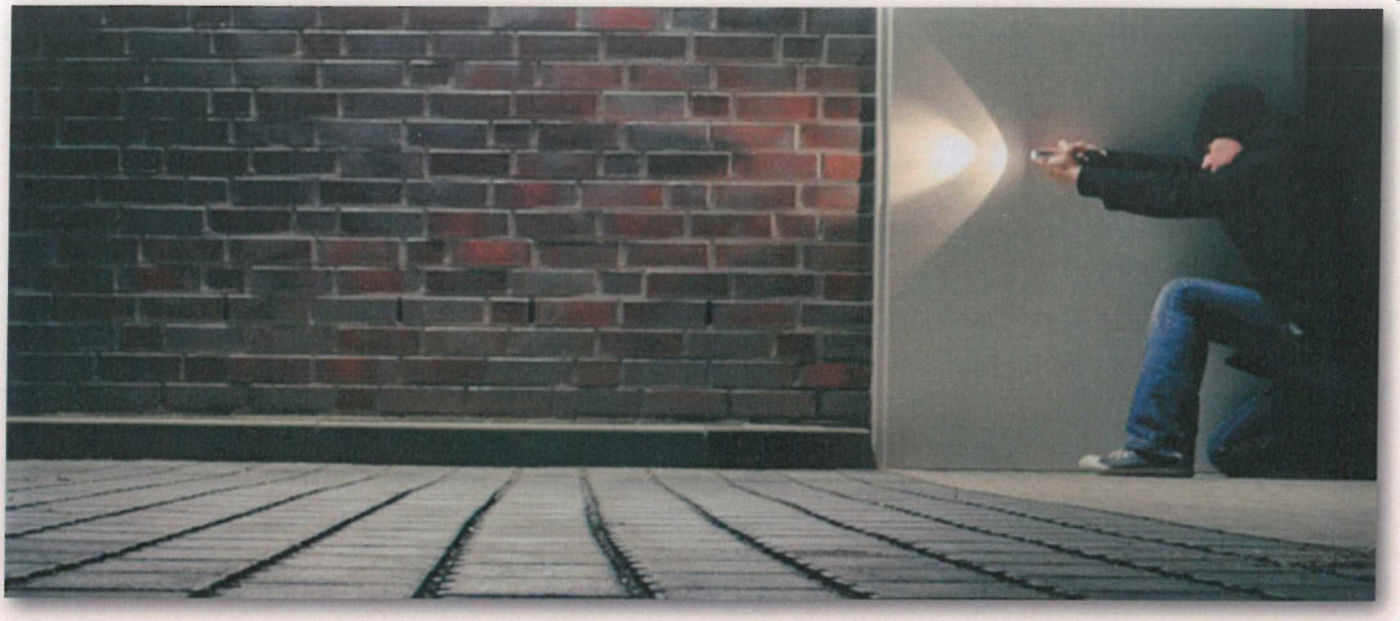
3 Kompetenz und Wirtschaftlichkeit der Verwaltung

1. Die Effizienz der Verwaltung wird durch Organisationsanalysen und Aufgabenkritik unter Einschluss möglicher Privatisierung überprüft und weiterentwickelt.

2. Bei Personalentscheidungen sollen Eignung, Leistung und Befähigung Vorrang vor parteipolitischen Interessen haben. Personalentscheidungen, die der Zustimmung des Rates bedürfen (erste und zweite Führungsebene sowie städtische Gesellschaften), werden konsensual getroffen.

3. Städtische Leistungen per Internet sollen auch unter dem Gesichtspunkt Barrierefreiheit ausgeweitet werden. Transparenz und Nachvollziehbarkeit der Kommunalpolitik in Königswinter sollen durch eine weiterentwickelte Bereitstellung von Sitzungsunterlagen und Dokumenten für Rat und Öffentlichkeit (Reduzierung des Umfangs gedruckter Unterlagen zu Gunsten elektronischer Bereitstellung) erreicht werden.

4. Mögliche Einsparpotenziale durch die Optimierung von Verwaltungsstandorten werden geprüft, z.B. zukünftige Nutzung der Paul-Mohr-Schule.



4

Sicherheit und Ordnung

1. Der Ordnungsdienst der Stadt Königswinter soll beibehalten werden. Seine Effektivität ist weiter zu steigern.

2. Die Infrastruktur des Feuerwehrwesens soll weiter verbessert werden.

5 Wirtschaft und Arbeitsmarkt

1. Ziel ist es, die Rahmenbedingungen in jeder Hinsicht für Wirtschaft und Gewerbe zu verbessern. Maßnahmen zur strukturellen Anpassung sowie zum Erhalt bestehender und Schaffung neuer Arbeitsplätze werden unterstützt. Weitere emissionsarme Gewerbebetriebe sollen angeworben werden. Anstrengungen zur Gewinnung von Investoren werden verstärkt.

2. Die Entwicklung neuer Gewerbegebiete wird rechtzeitig eingeleitet (z.B. Ruttscheid II). Bestehende Gewerbe- und Industriegebiete werden bei Bedarf weiterentwickelt.

3. Die Städtische Wirtschaftsförderung wird auf Entwicklungsschwerpunkte für Wirtschaft und Gewerbe neu ausgerichtet und sichtbar für mögliche Unternehmensgründer, Investoren und die Öffentlichkeit vermittelt.

4. Netzwerke zwischen Gewerbebetrieben und Einrichtungen für Bildung (z.B. Lernpatenschaften oder die Initiative: Bildung fördern – Standort sichern) und Wissenschaft werden für den Informationsaustausch und Technologietransfer gestärkt.

5. Angebote und Nachfrage für 2-3 große Wochenmärkte im Stadtgebiet werden geprüft, insbesondere im Talbereich

6

Tourismus, Umwelt- und Naturschutz

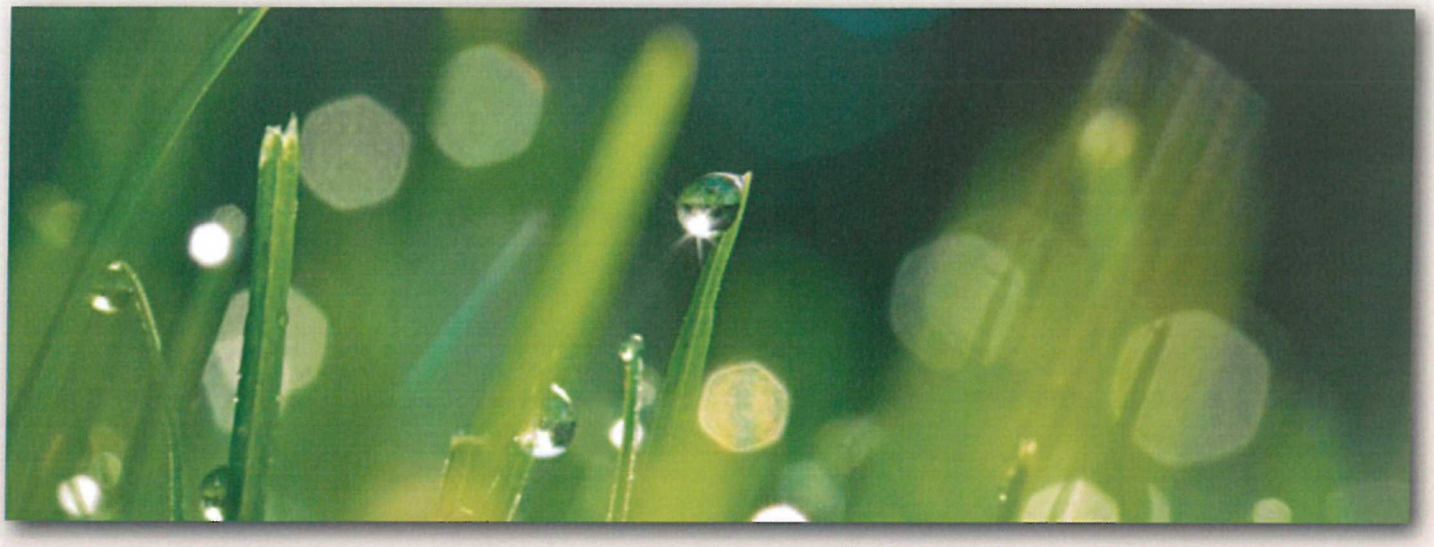
1. Das Tourismuskonzept wird mit dem Ziel weiterentwickelt, die deutlich gestiegenen Besucherzahlen zu erhalten und möglichst weiter auszubauen. Die Funktion des Siebengebirges als Naherholungsgebiet wird weiter gestärkt. Das Ziel einer stärkeren touristischen Entwicklung muss mit der Entzerrung der Besucherströme einhergehen. Der Tourismusstandort Siebengebirge und die Altstadt Königswinter sollen durch neue Veranstaltungsformate gestärkt werden.

2. Der Naturpark Siebengebirge soll mit weiteren Körperschaften und Organisationen, wie beispielsweise biologische Stationen und mit der aktiven Einbindung von Naturschutzverbänden neu ausgerichtet werden.

3. Die Arbeitsgruppe Tourismus soll ihre Arbeit zur Stärkung der Attraktivität des Siebengebirges und der Orte im Siebengebirge fortsetzen und abschließen.

4. Das Großprojekt „Chance Natur" wird weiter unterstützt.

5. Die Entwicklung der Konversionsfläche Materiallager der Bundeswehr in Eudenbach soll unter Berücksichtigung der ökologischen Bedeutung (Orchideenvorkommen) hinsichtlich einer möglichen wirtschaftlichen Nutzung weiter verfolgt werden.



6. Die Anforderungen für Dichtheitsprüfungen sollen nicht über die gesetzlichen Vorgaben hinausgehen. Angestrebt werden insbesondere Erleichterungen in den Wasserschutzzonen III.

7. Die von der Initiative gegen den Bahnlärm aufgezeigten Maßnahmen werden unterstützt. Maßnahmen zum Lärmschutz entsprechend den gesetzlichen Lärmkartierungen und Lärmminderungsplänen werden unterstützt.

8. Ein Maßnahmenkatalog zum städtischen Hochwasserschutz soll unter Berücksichtigung der Erfahrungen mit Starkregenereignissen erstellt werden. Die Öffentlichkeit soll seitens der Verwaltung auf die notwendige Eigenvorsorge und entsprechende Schutzmaßnahmen hingewiesen werden.

9. Eine mögliche Bewerbung der Stadt Bad Honnef für die Landesgartenschau wird positiv begleitet.

10. Die Einführung einer Baumschutzsatzung wird unter Berücksichtigung allgemein verträglicher Grenzwerte und möglicher Ausnahmeregelungen geprüft.

11. Für Einkauf und Auftragsvergabe der Stadt sollen Beschaffungsrichtlinien erarbeitet werden, die Umweltaspekte berücksichtigen. Ziel ist es, Königswinter als Fair Trade Stadt zu qualifizieren.

12. Das Ökokonto soll als Naturschutzinstrument genauer betrachtet werden.

13. Auf städtischen Flächen werden keine gentechnisch veränderten Arten angebaut.

7 Verkehr

1. Die Umsetzung kleiner, schnell realisierbarer Maßnahmen, insbesondere für den Ziel- und Quellverkehr in den Wohnstandorten, wird weiter verfolgt.

2. Das Freizeitverkehrskonzept zur Lösung der Parkprobleme des Besucherverkehrs ist weiter zu entwickeln und umzusetzen. Lösungen für den ruhenden Verkehr auf der Margarethenhöhe haben Vorrang.

3. Der ÖPNV soll durch schnelle, attraktive, vertaktete sowie auch Nachtbus-Verbindungen weiter verbessert werden und durch alternative Formen, wie z.B. Bürgerbussysteme, weiter ausgebaut werden.

4. Ein Konzept für ein Radwegenetz soll entwickelt werden. Erkennbare Lücken sollen geschlossen werden.

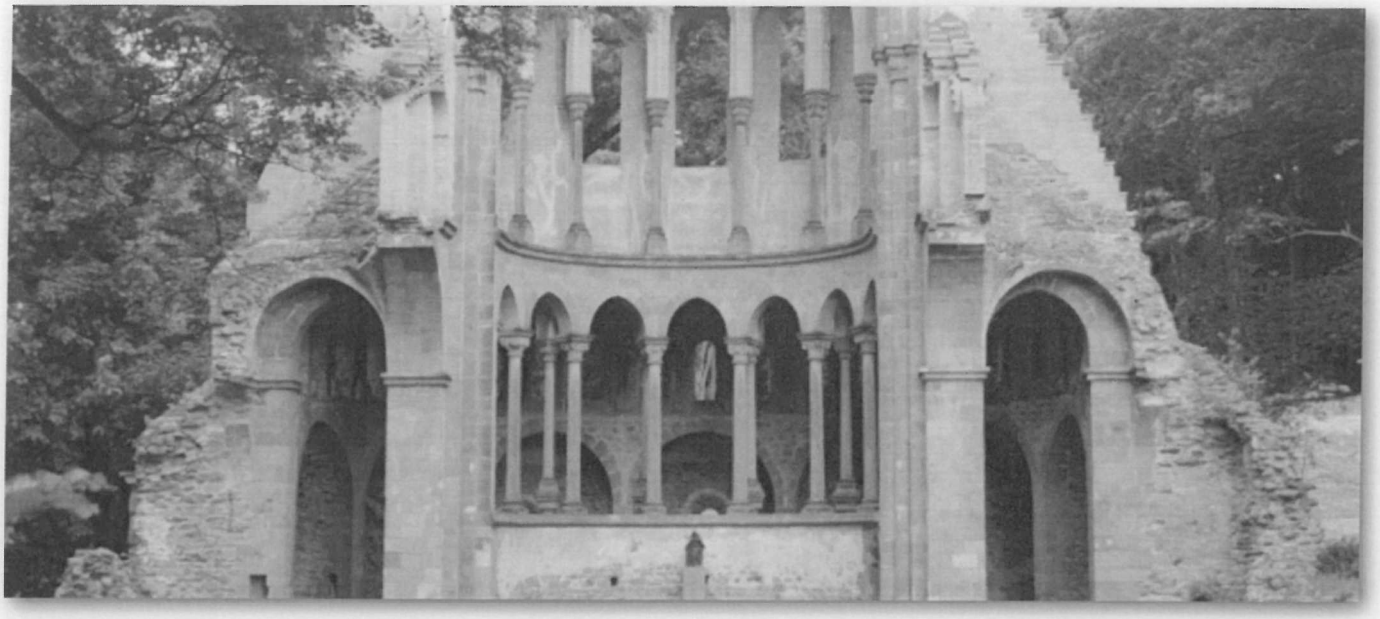
5. Zur Sicherstellung eines reibungslosen ÖPNV und im Interesse der Verkehrssicherheit sollen die vom ÖPNV genutzten Straßen verkehrsgerecht ausgebaut werden. Dies gilt auch für die im Radwegenetz festgelegten Strecken.

6. Bei zukünftigen Bebauungsplänen sollen Vorgaben für die Nutzung erneuerbarer Energien zur Reduzierung des Energieverbrauchs sowie nachhaltige Verkehrsanbindungen berücksichtigt werden.

7. Die E-Mobilität im motorisierten Individualverkehr (Stromtankstellen, Ermöglichung von Car-Sharing) und der Radverkehr (gesonderte Radverkehrsanlagen, privilegierte Parkmöglichkeiten in den Ortsteilen, Aufladestationen) sollen verstärkt werden.

8. Im Hinblick auf eine mögliche positive Entscheidung des Bundes zur Aufnahme der „Siebengebirgsentlastungsstraße" in den Bundesverkehrswegeplan 2015 wird Neutralität vereinbart.

9. Die Einrichtung von weiteren Tempo-30-Zonen oder von „Verkehrsberuhigten Zonen" soll unter Beteiligung der Anwohner erfolgen. Eine Kostenbeteiligung ist jeweils zu prüfen.



8

Instandhaltung und Erneuerung städtischer Infrastruktur

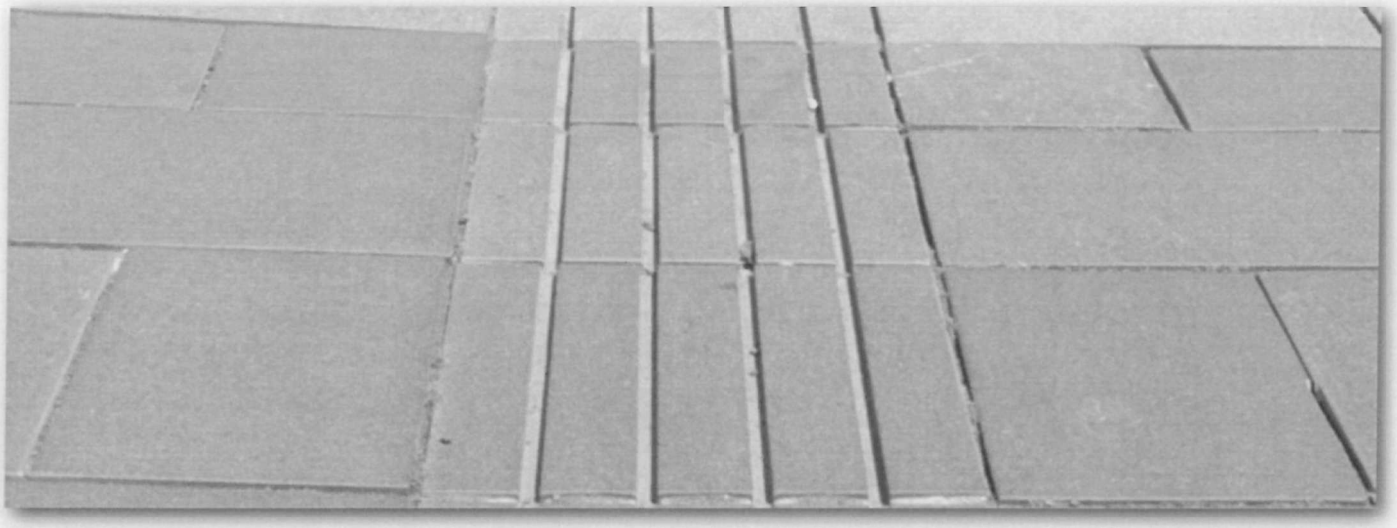
1. Für städtische Gebäude und Infrastruktur wird ein Konzept für Erhalt von Wert und Funktion erstellt, regelmäßig fortgeschrieben und umgesetzt.

2. Energieverbrauch und Umweltbelastungen durch städtische Gebäude und Infrastruktur werden durch Sparmaßnahmen, Effizienzsteigerungen, Einsatz erneuerbarer Energien und innovativer Techniken sowie verbessertes Nutzerverhalten weiter verringert. Eine Beteiligung am European Energy Award wird angestrebt.

3. Fortschritte der Stadt bei Energieeinsparung und Umweltschutz werden regelmäßig öffentlich dargestellt, um auch andere für solche Maßnahmen zu gewinnen. Initiativen von Privaten oder Genossenschaften sollen unterstützt werden.

4. Die städtischen Straßen sind bedarfsgerecht zu sanieren und verkehrssicher zu gestalten. Wege zu Schulen und Kindergärten müssen sicher sein.

5. Das ÖPP Verfahren für die Bädervergabe in Königswinter soll als kostengünstigste Beschaffungsvariante fortgeführt werden. Bei einem eventuellen Scheitern sollen Hallen- und Freibad erhalten bleiben.



Geeignete Beschaffungs- und Betriebsvarianten sind unter den Aspekten Leistbarkeit und Kosten gemeinsam zu entwickeln.

6. Ein Sportstättenentwicklungskonzept soll erstellt werden im Hinblick auf zukünftige Bedarfe und Strukturen.

7. Für die städtischen Spielplätze wird ein Investitionsprogramm für Sanierung und Ausbau aufgestellt. Die Einrichtung von Mehrgenerationenspielplätzen wird geprüft.

8. Der Ausbau der DSL Versorgung im gesamten Stadtgebiet soll weiter vorangetrieben werden.

9. Die begonnene Erneuerung der -Straßenbeleuchtung mit energiesparender Technik wird verstärkt fortgeführt.

10. Der Bezug von Ökostrom für städtische Liegenschaften soll weiter ausgeweitet werden. Dienstwagen für Kurzstrecken sollen als Elektrofahrzeuge beschafft werden (Prüfauftrag).

9

Stadtentwicklung, Altstadtsanierung und Denkmalschutz

1. Zur Fortführung von Maßnahmen der Stadtentwicklung sowie zur Revitalisierung und für das Stadtmarketing aller Ortsteile wird aufgrund einer Bestandsaufnahme der vorhandenen Planungsunterlagen ein aktualisiertes, flächendeckendes „Stadtentwicklungskonzept" für notwendige Maßnahmen erstellt, um insbesondere den Herausforderungen des demographischen und wirtschaftlichen Wandels zu begegnen.

2. Die Attraktivität von Königswinter für junge Familien mit Kindern, qualifizierte Arbeitskräfte und für ältere Menschen wird weiter ausgebaut.

3. Revitalisierung und Entwicklung der Ortskerne, die Schließung von Baulücken und Ortsabrundungen haben Vorrang vor neuen Baugebieten in unbeplanten Gebieten. Instrumente zur Schließung von Baulücken sollen geprüft werden.

4. Für die Aufstellung neuer Bebauungspläne wird derzeit kein Bedarf gesehen. Rechtskräftige Bebauungspläne werden nur bei Bedarf und dann behutsam weiterentwickelt und umgesetzt. Bei Wohnbedarf (insbesondere für junge Familien, Schaffung kostengünstigen Wohnraums für einkommensschwache Familien) ist eine behutsame Ausweisung neuer Baugebiete in Betracht zu ziehen. Leerstandskataster und Vermarktungsunterstützung sind als Aufgabe von der WWG wahrzunehmen.

5. Entwicklung, Erschließung und die Schaffung sonstiger Infrastruktur für Bebauungspläne sollen sozial gerecht erfolgen.

6. Der bestehende Flächennutzungsplan wird bei konkreten Planungs- und Bauvorhaben regelmäßig angepasst, soweit im Einzelfall eine Anpassung erforderlich ist. Dabei werden auch die Vorgaben aus Landesplanung und Regionalplanung berücksichtigt. Eine Flächennutzungsplanüberprüfung von Amts wegen findet nicht statt. Sobald der neue Landesentwicklungsplan und der neue Regionalentwicklungsplan vorliegen wird geprüft inwieweit der Flächennutzungsplan anzupassen ist.

7. Die Altstadtsanierung soll mit einer verbesserten Einbindung und Mobilisierung der Bürger verstärkt fortgesetzt werden. Die Arbeitsgruppe Altstadtentwicklung und das „Offene Bürgerforum" für die Altstadt setzen ihre Arbeit fort. Ziele sind insbesondere Stärkung des Tourismus, eine hohe Qualität der Wohnquartiere und sowie die Etablierung neuer Einzelhandelsformen und zentraler Versorgungseinrichtungen, insbesondere auf den brachliegenden Grundstücken entlang der Bahn. Zur Umsetzung dieser Ziele sind klare Zuständigkeiten in der Verwaltung festzulegen.

8. Die bestehende Denkmalliste wird überprüft und aktualisiert.

9. Die Fortführung der verbliebenen Projekte der Regionale 2010 wird überprüft.

10. Für ein mögliches Factory Outlet Center (FOC) sind die notwendigen Voraussetzungen zu schaffen (Gutachten). Eine positive Anbindung an die Altstadt muss gegeben sein. Der Investor ist auf eine Kostenübernahme zu verpflichten, soweit es sich nicht um Aufgaben der Stadt handelt.

11. Der Umbau des Busbahnhofs in Oberpleis soll weiter geprüft werden. Die Ortsentwicklungsplanung (insbesondere rund um den Kirchplatz) ist voran zu bringen.

12. Die Dauer der Verfahren bei Bauleitplanung und Genehmigungen soll verkürzt werden. Kleinteilige Grundstücksvergaben an Bauherrengemeinschaft sollen ermöglicht werden. Es wird geprüft, inwieweit eine Clearingstelle die Servicequalität des Bauamts steigern kann.

10

Bildung und Ausbildung

1. Alle Schulen in Königswinter werden hinsichtlich Qualität und Erfolg bei Schulabschlüssen sowie für den Übergang zu Beruf und Studium weiter gestärkt. Die Einrichtung von Lernpatenschaften zwischen Schulen und Unternehmen wird unterstützt. Die Initiative „Bildung fördern - Standort sichern" wird angestrebt.

2. Selbstständigkeit und Entlastung der Schulen von Bürokratie wird unterstützt.

3. Ganztagsangebote werden auf weiterführende Schulen ausgeweitet und insbesondere qualitativ weiterentwickelt.

4. Notwendige Räumlichkeiten und Ausstattungen für Ganztagsbetreuung werden bedarfsorientiert geschaffen.

5. Voraussetzungen für Inklusion sollen gemeinsam mit Beteiligung von Schulen und Eltern geschaffen werden. Förderschulen müssen erhalten werden. Maßnahmen zur Verwirklichung der Inklusion sind im Rahmen der vom Land zur Verfügung gestellten Mittel umzusetzen.

6. Alle Schulformen werden gleichberechtigt unterstützt.

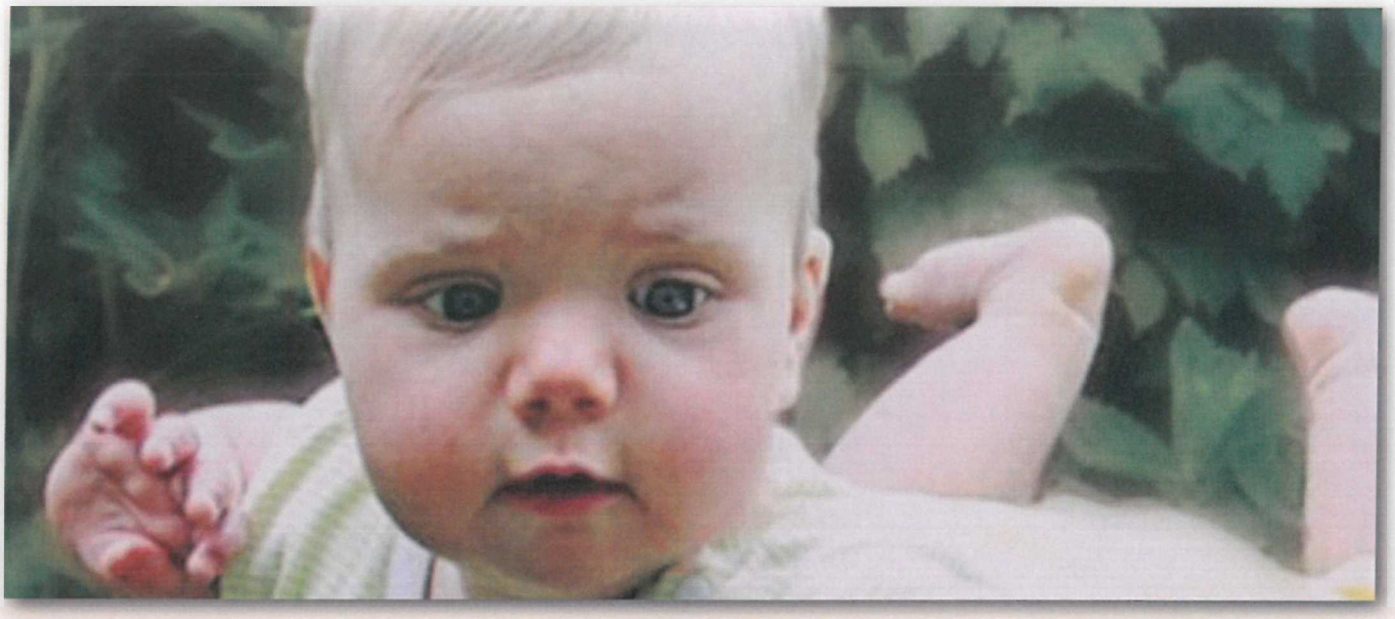
7. Grundsätzlich gilt das Konnexitätsprinzip bei der Schaffung von Stellen für Schulsozialarbeiter und Integrationshelfer. Für den bereits bestehenden Bedarf beim Schulzentrum Oberpleis soll im Personalhaushalt der Stadt eine entsprechende Stelle bereitgestellt werden.

8. Die Kinder- und Jugendbeteiligung in der politischen Diskussions- und Bildungskultur wird weiter ausgebaut und um weitere Formen der Meinungs- und Willensbildung wie z. B. durch ein Jugendparlament ergänzt.

9. Die Einrichtung einer Ferienschule für benachteiligte Kinder wird im Rahmen des bestehenden Gesamtangebots für Ferienprogramme geprüft.

10. Schulgebäude, sanitäre Anlagen und Einrichtungen von Fachräumen werden weiter modernisiert. Die Medienausstattung wird kontinuierlich erneuert.

11. Kommunale Weiterbildungsangebote wie Volkshochschule (VHS) und Musikschule sind zu erhalten und weiter zu entwickeln.



11

Kinderbetreuung

1. Der hohe Entwicklungsstand der Kinderbetreuung soll erhalten und weiter ausgebaut werden.

2. Die Vielfalt der Trägerschaft soll erhalten werden.

3. Die Sprachkompetenz soll für alle Kinder vor Einschulung nachhaltig gefördert werden.

4. Das Qualitätsmanagement für Kindertagesstätten ist weiterzuentwickeln. Das Zusammenwirken zwischen Kindergärten und Grundschulen soll weiter gestärkt werden, um Übergänge zu erleichtern.

12

Gesellschaftliche Teilhabe

1. Das Forum Ehrenamt wird weiter unterstützt. Für das Forum Ehrenamt wird eine beratende Stimme im Ausschuss für Soziales, Generationen und Integration (ASGI) angestrebt.

2. Die politische Teilhabe von Migranten wird gefördert.

3. Die Stadt Königswinter soll weiter als inklusives Gemeinwesen entwickelt werden. Ziel ist so viel Inklusion wie möglich und so viel besondere Förderung wie nötig.

4. Die Einführung eines Sozial-Tickets für kulturelle Einrichtungen für einkommensschwache Menschen (Kultur Card) wird geprüft.

13

Kultur und Freizeitangebote

1. Die Arbeit in unseren Bürgervereinen, Dorf-, Heimat- und Traditionsvereinen, Chören, Orchestern, Sportvereinen und Künstlerinitiativen bietet ein vielfältiges Freizeitangebot, das es zu erhalten gilt.

2. Die inzwischen gut entwickelte Kulturlandschaft soll die notwendige Unterstützung erfahren und ausgeweitet werden. Die vielfältigen ehrenamtlichen Initiativen, wie z.B. die Aktivitäten des Vereins antiform e.V. oder die Arbeit der lokalen Agenda Kunst und Kultur, sollen unterstützt und in einem Kulturentwicklungsplan zusammengeführt werden. Der Umfang der finanziellen Unterstützung ist abhängig von der Haushaltslage.

14

Stärkung von Familien, generationen-übergreifendem Zusammenleben und von Integration

1. Förderung und Schaffung altersgerechter, barrierefreier und generationenübergreifender Wohnformen. Qualitätsgesicherte Versorgung und Beratungsangebote sollen ausgebaut werden.

2. Erfahrungen und Kompetenzen älterer Menschen sollen verstärkt genutzt werden.

3. Integration ist Teil des Leitbildes der Stadt Königswinter und wird durch Stärkung der Sprach- und Kommunikationsfähigkeit aller Altersklassen sowie durch Austausch zwischen Menschen und Organisationen gefördert.

4. Offenen Jugendtreffs werden erhalten und gefördert.

5. Für eine bedarfsgerechte Maßnahmenplanung werden notwendige Sozialdaten erhoben und fortgeschrieben.

Koalitionsvertrag zwischen CDU, GRÜNEN und FDP

Königswinter, 4. Juli 2014

Roman Limbach

Vorsitzender des Stadtverbandes der CDU Königswinter

Claudia Owczarczak

Vorsitzende des Ortsverbandes der GRÜNEN in Königswinter

Bernd Schlegel

Vorsitzender des Ortsverbandes der FDP in Königswinter

Dr. Josef Griese

Vorsitzender der Fraktion der CDU im Rat der Stadt Königswinter

Sabine Vierheller

Stellv. Fraktionsvorsitzende der Fraktion der GRÜNEN im Rat der Stadt Königswinter

Dietmar Rüsch

Vorsitzender der Fraktion der FDP im Rat der Stadt Königswinter